3. Netzwerktreffen "Stadtteilfonds und -beiräte" 14.12.2023, 18.00-21.00 Uhr – Bürgerlabor, Kreuzstraße 2

TOP 1 - Begrüßung und Vorstellung

<u>Sandra Behnisch</u> begrüßt die Teilnehmenden im Namen der Abteilung Bürgeranliegen des Amtes für Stadtstrategie, Internationales und Bürgerschaft der Landeshauptstadt Dresden. Sie bedankt sich für das große Interesse am Projekt, das die Grundlage ist, um im Rahmen des neuen Modellprojektes Stadtteilbeiräte und -fonds auch in anderen Stadtteilen zu ermöglichen, und freut sich auf den Austausch.

Yvonne Bonfert begrüßt die Teilnehmenden seitens der Aktion Zivilcourage und Moderation und stellt den Ablauf der Veranstaltung vor (Präsentation 1, Folie 2). Im Rahmen einer kurzen Abfrage zeigt sich, dass acht Teilnehmende schon am letzten Netzwerktreffen zu Stadtteilbeiräten und -fonds im November 2022 teilgenommen haben. Aufbauend auf diesem Netzwerktreffen, bei dem neben dem Thema Stadtteilbeiräte und -fonds auch weitere Themen mit Vernetzungsbedarf identifiziert wurden, hat das Projekt "Stadtteile-Netzwerk" der Aktion Zivilcourage weitere Netzwerktreffen und Weiterbildungsmöglichkeiten zu anderen Themen angeboten, an denen einige Anwesende ebenfalls bereits teilgenommen haben. Gegen die Aufnahme von Veranstaltungsfotos und eine Tonaufzeichnung des Workshops für die Erstellung der Dokumentation gibt es keine Einwände.



Teilnehmende des Netzwerktreffens am 14.12.2023 im Bürgerlabor Foto: Yvonne Bonfert

Yvonne Bonfert leitet zu einer kurzen Vorstellungsrunde über:

- (1) <u>Ulla Wacker</u> ist Vereinsvorsitzende des Stadtteilhaus Dresden **Äußere Neustadt** e.V., Stadtbezirksbeirätin der Neustadt und Mitglied des Stiftungsbeirats der Stiftung Äußere Neustadt.
- (2) <u>Gero Hoffmann</u> ist Sozialarbeiter in der **Friedrichstadt**, baut Netzwerke in der Friedrichstadt auf und organisiert einen Stadtteiltreff.
- (3) Annie Räppel ist Mitarbeiterin der Seniorenberatungsstelle Bühlow in Klotzsche.
- (4) <u>André Reininger</u> ist auch von Bühlow und möchte in den Stadtteilen, in denen das Unternehmen tätig ist, entstehendes Gemeinwesen unterstützen. Das sind neben Klotzsche auch **Loschwitz/Weißig** und die **Neustadt**.
- (5) <u>Peter Müller</u> kommt aus **Gruna** vom Stadtteilverein "In Gruna leben" und betreibt zudem über den Sigus e.V. seit 15 Jahren Gemeinwesenarbeit vor Ort. In diesem Rahmen hat Sigus auch die Anträge für das Projekt "Stadtteilbeiräte und -fonds" 2018 mit gestellt, musste dann aber auf der Zielgeraden wegen fehlender Leute aussteigen, sodass letztlich nur Pieschen und Johannstadt übrig blieben. Das Anliegen selber wird vom Verein aber weiter voll und ganz mitgetragen.
- (6) <u>Iris Gleichmann</u> ist Stadtplanerin, lose mit **Gruna** verbunden und heute als Multiplikatorin hier.

- (7) <u>Jan Minack</u> arbeitet für den "In Gruna leben e.V." und ist zugleich in **Cotta** und **Löbtau** in der Stadtteilarbeit aktiv.
- (8) <u>Uta Rolland</u> ist vom Dresdner Pflege- und Betreuungsverein hier und vertritt den Stadtteil **Gorbitz**..
- (9) <u>Heidi Geiler</u> vertritt den Stadtteilverein Pro **Pieschen** e.V., der seit 2019 den Stadtteilbeirat und -fonds Pieschen/Mickten betreut.
- (10)<u>René Kaufmann</u> kommt ebenfalls vom Pro **Pieschen** e.V. und ist dort Koordinator für den Stadtteilbeirat und -fonds.
- (11) Marius Walther kommt vom Nachbarschaftsprojekt KuRSIF des Kaitzbachkastanie e.V. Strehlen.
- (12)<u>Anke Lietzmann</u> ist Kinder- und Jugendbeauftragte der **Landeshauptstadt** Dresden, hat gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro im letzten Jahr ein Projekt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Stadtbezirksebene in Blasewitz und Neustadt gestartet und ist generell an Projekten interessiert, die die Kinder- und Jugendbeteiligung fördern.
- (13)Anke Lietzmann verweist auch auf ihre Kollegin Manuela Scharf, Beauftragte für Senior*innen und Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Dresden, die aufgrund einer anderen Veranstaltung etwas später dazustößt,
- (14)<u>Sören Bär</u> kommt vom Omse e.V. aus Dresden-**Gorbitz** und arbeitet dort in der Kinder-, Jugendund Familienarbeit, im Familientreff, zum Thema Migration in den Vonovia-Wohngebieten und als Ehrenamtskoordinator.
- (15) Gunter Thurm vertritt den Heimatverein **Prohlis** e.V. und ist dort Schatzmeister.
- (16)<u>Sonja Weber</u> kommt vom "Gemeinsam in **Plauen** e.V." und betreibt den Nachbarschaftsladen "Zwickmühle".
- (17) Carsten Irmer kommt vom In **Gruna** leben e.V.
- (18)<u>Torsten Görg</u> betreut für den Stadtteilverein **Johannstadt** e.V. seit 2019 das Projekt "Stadtteilbeirat und Stadtteilfonds Johannstadt". Er ist zugleich Mitarbeiter bei **Konawa** und dort seit 2017 für das Quartiersmanagement Nördliche Johannstadt sowie zukünftig für die Anschubunterstützung von Initiativen im Rahmen des Modellprojektes tätig. Er vertritt heute auch Matthias Kunert, der krankheitsbedingt kurzfristig ausgefallen ist.
- (19)<u>Sandra Behnisch</u> vertritt die Abteilung Bürgeranliegen des Amtes für Stadtstrategie, Internationales und Bürgerschaft der **Landeshauptstadt** Dresden und setzt sich mit dem Projekt "Stadtteilbeiräte und -fonds" und mit dem Smart City-Projekt dafür ein, Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

TOP 2 - Vorstellung Modellkommune "Stadtteilbeiräte und -fonds" (Teil 1: Hintergrund)

Sandra Behnisch stellt den Hintergrund des neuen Modellprojektes zur "Verstetigung und Ausweitung von Stadtteilbeiräten und -fonds" vor (Präsentation 1, Folien 4-9). Das vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (kurz: SMJusDEG) geförderte Projekt setzt bei den Erfahrungen aus der Erprobung von Stadtteilbeiräten und -fonds in Dresden Johannstadt und Pieschen/Mickten an, die im Rahmen des BMBF-Zukunftsstadtprozesses 2019-2021 begonnen wurde und seit 2022 mit Unterstützung des kommunalen Ehrenamtsbudgets und der Stadtbezirke fortgesetzt wird. Sie baut zudem auf dem in den Vorjahren begonnenen Austausch mit weiteren interessierten Stadtteilinitiativen und dem daraus entstandenen Unterstützernetzwerk sowie dem 2022 geführten politischen Prozess auf. Zwar existiert bislang noch keine eigene Fachförderrichtlinie für Stadtteilbeiräte und -fonds, jedoch hat der Stadtrat im Dezember 2022 die Stadtbezirksmittel um 500.000 EUR aufgestockt, um den Stadtbezirksbeiräten die Möglichkeit zu eröffnen, "bestehende oder neue Stadtteilfonds zu unterstützen."

Da Marko Beger die Gegenstände des Modellprojekts selbst vorstellen möchte, sich aber krankheitsbedingt für den ersten Veranstaltungsteil entschuldigen musste, bittet Sandra Behnisch darum, die TOPs 3 und 4 vorzuziehen.

TOP 3 - Rückblick Stadtteilbeiräte und -fonds Johannstadt und Pieschen / Mickten 2023

Torsten Görg stellt die Arbeit des Stadtteilbeirats Johannstadt im Jahr 2023 vor (Präsentation 2, Folien 1-9). In vier Sitzungen beriet der Beirat zu verschiedenen Themen der Stadtteilentwicklung und beschloss u.a. die Förderung von 20 Projekten aus dem Stadtteilfonds Johannstadt. Unter den geförderten Projekten waren Feste, Konzerte und Tanzveranstaltungen, Sport-, Spiel- und Bastelangebote, Diskussions- und Bildungsangebote sowie Projekte zur Schaffung von Begegnungsräumen. Für eine Antragstellung wurden sowohl Einrichtungen als auch Privatpersonen aktiviert. Ein Beispiel für ein privat organisiertes Förderprojekt ist ein von Jugendlichen organisiertes Volleyballangebot, das einen der Antragstellenden anschließend sogar motivierte, sich bei den Beiratswahlen im November (siehe TOP 4) selbst als Jugendvertreter im Stadtteilbeirat zu bewerben.

Gemäß vorläufigem Abrechnungsstand zum 7.12.2023 flossen seit 2019 insgesamt rund 158.000 EUR aus dem Stadtteilfonds Johannstadt in die Umsetzung von 79 Projekten. Den Großteil dieser Mittel (rund 140.000 EUR) stellte dabei der Stadtbezirk Altstadt zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt die Wohnungsgenossenschaft Johannstadt den Stadtteilfonds Johannstadt seit nunmehr vier Jahren mit einer Spende in Höhe von jährlich 12.000 EUR, die die Finanzierung weiterer Projekte und die bislang erforderliche Kofinanzierung und Überbrückung der öffentlichen Förderung ermöglichte. Durch die Antragstellenden und Dritte wurden zudem reichlich 40.000 EUR finanzielle Leistungen und Sachleistungen sowie 7.157 ehrenamtliche Arbeitsstunden in die Projekte eingebracht.

René Kaufmann stellt die Arbeit des Stadtteilbeirats Pieschen/Mickten vor (Präsentation 2, Folien 10-17). Hier wurden aufgrund der Vakanz der Projektstelle zu Jahresbeginn zwar nur drei Beiratssitzungen abgehalten, in diesen aber ebenfalls verschiedene Stadtentwicklungsthemen beraten und insgesamt 14 Projekte aus dem Stadtteilfonds Pieschen/Mickten gefördert. Neben Projekten im ähnlichen Themenspektrum wie in Johannstadt wurden hier 2023 auch mehrere Projekte zur Verschönerung und Belebung des öffentlichen Raums gefördert, darunter die temporäre Straßenbegrünung im Rahmen von Sankt Pieschen, die Gestaltung von Hochbeeten sowie die Einrichtung einer "Lunch-Corner" am Trafohaus am Konkordienplatz.

Gemäß vorläufigem Abrechnungsstand zum 7.12.2023 flossen seit 2019 rund 131.000 EUR aus dem Stadtteilfonds Pieschen/Mickten in die Umsetzung von 72 Projekten. Diese Mittel wurden vollständig durch den Stadtbezirksbeirat Pieschen bereitgestellt. Die eingeworbenen privaten Spenden in Höhe von bislang 13.228 EUR ermöglichten die Kofinanzierung und Überbrückung der öffentlichen Förderung. Reichlich 50.000 EUR finanzielle Leistungen und Sachleistungen sowie knapp 4.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden wurden zudem durch die Antragstellenden und Dritte in die Projekte eingebracht.

Im Anschluss an die Vorstellung bestand Gelegenheit für Fragen und Diskussion:

Sören Bär erkundigt sich, wie für Pieschen/Mickten mit deutlich weniger Spenden die Kofinanzierung der öffentlichen Förderung möglich war. Heidi Geiler erklärt, dass mit den Spenden etwa die Kosten der Projektstelle überbrückt werden können, wenn die Fördermittel aus der Stadt zum Jahresbeginn nicht sofort verfügbar sind. In Pieschen/Mickten war das anders als in Johannstadt mangels entsprechender Spendeneinnahmen bislang nicht möglich, sodass die Projektfinanzierung zu Jahresbeginn mehrfach ausgesetzt werden musste. Sören Bär präzisiert, dass es

ihm um die **erforderliche Kofinanzierung für den Erhalt der öffentlichen Mittel** geht, woraufhin <u>Torsten Görg</u> erklärt, dass der Stadtteilverein Johannstadt bislang in jedem Jahr Eigenanteile von jährlich 4.000-5.000 EUR für die Stadtbezirksmittel und zusätzliche Eigenanteile für die kommunale Ehrenamtsförderung einbringen musste. <u>Heidi Geiler</u> stellt dar, dass in Pieschen/Mickten ähnliche Eigenanteile ebenfalls über Spenden aufgebracht wurden. (Anm. d. Protokolls: Die Höhe der eingeflossenen Spenden in der Präsentation wurde korrigiert und betrug 13.228 EUR anstelle von 5.000 EUR).

- Peter Müller verweist auf die Aussage des Stadtbezirks Blasewitz/Loschwitz, dass eine Projektförderung aus Stadtbezirksmitteln nicht über Jahre hinweg fortgesetzt werden kann und fragt,
 ob dieses Problem in der Altstadt und in Pieschen ebenso besteht. Heidi Geiler erklärt, dieses
 Problem bestehe für die weitere Förderung der Stadtteilfonds ebenfalls, aber mit Unterstützung
 der Abteilung Bürgeranliegen werde an einer dauerhaften Finanzierung gearbeitet. Sandra Behnisch bestätigt, dass die Stadtbezirksförderrichtlinie keine institutionelle Förderung vorsieht. Im
 Rahmen dieses Projektes werden die Stadtbezirksmittel nicht direkt durch die Trägervereine bei
 den zuständigen Stadtbezirken beantragt, sondern per Fachamtsvorlage durch die Abteilung abgerufen und anschließend über einen Zuwendungsvertrag an die Trägervereine ausgereicht. Dies
 könne aktuell noch so weitergeführt werden, aber mittelfristig bedarf es auch hier einer dauerhaften Lösung in Form einer eigenen Fachförderrichtlinie, an der gerade gemeinsam mit den betroffenen Stadtbezirksamtsleitungen gearbeitet wird.
- Sören Bär fragt nach den erforderlichen Eigenbeiträgen der Antragstellenden: Torsten Görg erklärt, dass anfangs durch alle Antragstellenden 10% monetäre Eigenmittel eingebracht werden mussten, was gerade für Privatpersonen, die sich im Stadtteil engagieren wollten, eine hohe Hürde darstellte. Um auch das Engagement von Bürgern und nicht nur jenes von Einrichtungen wirksam fördern zu können, wurde im Zuge eines intensiven Prozesses mit den Stadtbezirken und der juristischen Referenten wurde dann erwirkt, dass bei den Stadtteilfonds auch unentgeltlich eingebrachte Arbeitsleistungen als Eigenleistungen in Höhe des Mindestlohns anrechenbar sind. Diese Möglichkeit wird seitdem rege in Anspruch genommen. Gleichwohl werden Projekte, die bestehende Möglichkeiten zur Einnahmeerzielung ungenutzt lassen und z.B. kostenlose Verpflegung anbieten ohne Einnahmen anzusetzen, im Beirat sehr kritisch hinterfragt und münden dann in der Regel in die Empfehlung oder Auflage, zumindest eine Spendendose aufzustellen, was auch zur Aktivierung privater Beiträge beiträgt.
- Carsten Irmer fragt nach dem bislang kostengünstigsten und teuersten Förderprojekt. Torsten Görg verweist als kostengünstigstes Projekt auf ein Adventssingen eines Seniors aus Johannstadt-Süd, der damit die Begegnung der Hausgemeinschaften fördern wollte und 116 EUR Förderung beantragt hat. René Kaufmann erklärt, dass sich "günstig" für ihn aus dem Quotienten zwischen eingesetzter Förderung und erreichten Teilnehmenden ergibt und dieser etwa beim Projekt "Adventslesungen" (Förderung 450 EUR) bei rund 50 Cent pro Teilnehmenden liege. Heidi Geiler verweist als weiteres Beispiel auf das Projekt "Gießmittwoch", bei der Gießsäcke, Bollerwagen und Gießkannen mit 229,80 EUR gefördert wurden. Größtes Projekt in Pieschen war die Förderung eines Lastenrads mit 4.329 EUR. Heidi Geiler sieht es als eine Hauptaufgabe der Trägervereine an, Bürger*innen zu motivieren, kleinere Projekte zu beantragen und umzusetzen. Dies gelinge jedoch umso besser, je kontinuierlicher und stabiler die Projektleitung sei.
- <u>Carsten Irmer</u> erkundigt sich, ob die Fonds über die Jahre das **Bewusstsein der Anwohnerschaft**für den Stadtteilverein und die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt haben und
 Leute auch mal wiederkommen oder ob man auch hier wie in Gruna nach sechs Jahren Engagement immer wieder auf Leute trifft, die erstaunt sind, dass es so einen Verein überhaupt gibt.

Heidi Geiler erklärt, dass die Bewusstseinsbildung aus ihrer Sicht aufgrund der kontinuierlichen Arbeit in Johannstadt stärker ausgeprägt ist, wohingegen in Pieschen/Mickten aufgrund der häufigen Personalwechsel und zwischenzeitlicher Vakanzen auch infolge der nicht besonders gut bezahlten halben Personalstelle der Einstieg schwieriger gewesen sei. Dennoch sei auch in Pieschen festzustellen, dass sich durch das Projekt Netzwerke gebildet haben, die das Zustandekommen neuer Projekte befördern. Allerdings könne man sich eben nicht darauf verlassen, dass die Leute Flyer lesen, sondern müsse zu den Leuten hingehen, was sehr aufwändig ist.

- <u>Peter Müller</u> freut sich über die aufsuchende Arbeit, die aus seiner Sicht der schönere Teil der Arbeit sei gegenüber der Erstellung von Berichten und Abrechnungen. <u>René Kaufmann</u> sieht an dieser Stelle noch viel Luft nach oben, etwa indem die zahlreichen geförderten Veranstaltungen selbst als Raum genutzt werden, um für Stadtteilbeirat und -fonds und weitere Projekte zu werben. Wenn das gelingt, sehe er schon das Potenzial, dass das Projekt zum Selbstläufer wird.
- Torsten Görg verweist zum Aspekt der wiederholten Förderung darauf, dass der Ausgangspunkt des Projektes das "Empowerment" ist und ein wesentliches Ziel darin bestehe, Menschen zu aktivieren, die bei der Stadt keinen Antrag stellen würden. Er berichtet als Beispiel, dass eine Antragstellerin, die anfangs noch intensive Unterstützung bei der Antragstellung benötigte, sehr erfolgreiche Projekte umgesetzt und die Antrags- und Abrechnungsprozesse schnell gelernt habe. Als diese Person später immer mehr Anträge gestellt habe, habe er dann auch zu anderen Finanzierungsquellen beraten. Inzwischen stellt die Person Anträge für größere Projekte beim Stadtbezirk und engagiert sich auf diese Weise weiter im Stadtteil. Ein anderes Beispiel seien wiederkehrende Projekte wie der Plattenchor, die eine Anschubunterstützung erhalten, aber dann dabei beraten werden, auf eigene Beine zu kommen. So hat der Plattenchor in der Johannstadt für dieses Jahr zunächst keinen weiteren Förderantrag gestellt und stattdessen im Kreis der Mitwirkenden Spenden gesammelt.

TOP 4 - Wahlen zum Stadtteilbeirat Johannstadt 2023 und was wir daraus gelernt haben

Torsten Görg berichtet über die inzwischen 3. Wahlen zum Stadtteilbeirat Johannstadt am 4.11.2023, die auch durch den Pro Pieschen e.V. tatkräftig unterstützt wurden (Präsentation 2, Folien 20-23). Der Stadtteilbeirat bestand bislang aus 10 berufenen Vertreter*innen wichtiger Stadtteileinrichtungen und 10 gewählten Vertreter*innen von in der Johannstadt lebenden oder arbeitenden Menschen. Im Vorfeld der Wahlen beschloss der Beirat im September eine Änderung seiner Geschäftsordnung zur Erweiterung um eine elfte Einrichtung (Vertretung der Religionsgemeinschaften) und eine elfte Bürger*in (ohne nähere Spezifikation) auf zukünftig 22 Mitglieder. Zwei der 11 gewählten Vertreter*innen werden im Stadtbezirksbeirat gewählt und bilden die Schnittstelle zur übergeordneten Entscheidungsebene. Die übrigen 9 wurden am 4.11.2023 direkt im Stadtteil gewählt.

Dabei gelang es, die passive wie aktive Wahlbeteiligung mit 21 Kandidat*innen und 331 Wähler*innen erneut zu steigern. Unter den Kandidat*innen waren sehr viele völlig neue Gesichter. Die im Vergleich zu öffentlich-rechtlichen Wahlen deutlich niedrigere Wahlbeteiligung erklärt sich in der unterschiedlichen Organisation der Wahlen: Während bei öffentlich-rechtlichen Wahlen die Verwaltung Wahlbenachrichtigungen an alle Wahlberechtigten verschickt, verfügen die Trägervereine von Stadtteilbeiräten weder über Zugriff auf ein Wählerregister, noch über die Mittel zum flächendeckenden Versand von Benachrichtigungen.

Die **Bekanntmachung der Stadtteilbeiratswahl** erfolgte ausschließlich über die Verteilung von Flyern, über Internet (<u>www.johannstadt.de/wahlen2023</u>), die persönliche Ansprache von Einrichtungen sowie über Plakate im öffentlichen Straßenraum. Zur maximalen Ausnutzung der zulässigen Sondernut-

zung (max. 50 Plakate, nur für Events, maximal 3 Wochen lang) wurden erstmals der Kandidaturaufruf in Verbindung mit dem Auftaktevent sowie die eigentliche Wahl mit separaten Plakaten beworben. Bereits zum zweiten Mal wurde eine Briefwahl-Option angeboten, die von 210 Wählenden genutzt wurde. 121 Wählende gaben ihre Stimme am Wahltag ab, wo die Wahlen mit der Infoveranstaltung zum Fördergebiet Nördliche Johannstadt des Quartiersmanagements gekoppelt waren. Die Organisation der Wahlen begann mit der Onlineschaltung der Internetseite 6 Monate vor der Wahl und erwies sich mit 340 Stunden (darunter 100 Stunden ehrenamtliche Unterstützung von Briefwahlen und Wahlen) als sehr arbeitsintensiv.

Bewährt haben sich v.a. der frühzeitige Start der Website mit kurzer und prägnanter URL, die zwei Plakataktionen, die Flyerverteilung an alle Haushalte, die Aushänge der Kandidat*innen im Schaufenster, die aktive Pressearbeit, die etappenweise Herstellung der Briefwahlunterlagen, die Durchführung eines Auftaktevents zur Briefwahl, die aufsuchende Beteiligung in Läden und Einrichtungen, das testweise Verteilen von Briefwahlunterlagen in Briefkästen, die Anbindung des Wahl-Events an eine größere Veranstaltung, das selbstentwickelte Tool zur Stimmenauszählung, die Einbindung von Ehrenamtlichen und die gegenseitige Unterstützung der beiden Trägervereine der Stadtteilbeiräte.

Verbesserungspotenziale bestehen im Hinblick auf die Bekanntmachung der Kandidat*innen und ihrer Mitwirkungsziele (z.B. Weiterentwicklung Mitwirkungserklärung, Auftaktevent als Wahlpodium, Video-Interviews), die bessere Bekanntmachung der Wahlen (z.B. zweite Flyer-Aktion an alle Haushalte, Einzelgespräche mit der Lokalpresse, mobiles Briefwahlbüro im Stadtteil, Versand Wahlbenachrichtigung bzw. Briefwahlunterlagen an alle Haushalte, bezahlte Werbung) und die Erweiterung der Personalkapazitäten in der heißen Phase der Wahlvorbereitung (z.B. Einbindung Honorarkräfte für Plakat-Aktionen, Ausbau Ehrenamt für aufsuchende Beteiligung, weiterer Ausbau der Zusammenarbeit der Trägervereine).

Im Anschluss an die Vorstellung bestand Gelegenheit für Fragen und Diskussion:

- Sören Bär erkundigt sich nach der Wahlberechtigung bei Stadtteilbeiratswahlen: Torsten Görg erklärt, dass gemäß der Geschäftsordnungen der beiden bestehenden Stadtteilbeiräte wahlberechtigt ist, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat und mit einem offiziellen Dokument einen Wohnsitz, ein Gewerbe oder ein Beschäftigungs- / Ausbildungsverhältnis in den Stadtteilen Johannstadt-Nord oder -Süd nachweisen kann.
- Anke Lietzmann fragt, wie die Prüfung der Wahlberechtigung erfolgt und ob am Wahltag jemand z.B. Personalausweise prüft. Torsten Görg erklärt, dass dies tatsächlich so abläuft und sowohl im Briefwahlbüro als auch am Wahltag zunächst die Personalausweise und bei nicht in Johannstadt wohnenden Menschen der Nachweis des Arbeits- oder Ausbildungsorts (z.B. über Arbeits- / Ausbildungsvertrag, Gewerbeanmeldung, Bestätigung des Arbeitgebers) geprüft wird und anschließend alle Wahlberechtigten in das Wählerregister eingetragen werden. Erst dann wird der Stimmzettel übergeben, der nach Ausfüllung in der Wahlkabine in die Urne eingeworfen wird. Wer nicht vor Ort wählt, sondern die Briefwahlunterlagen per Post zurücksendet, muss eine Kopie eines entsprechenden Nachweises beifügen. Das ist eine Hürde, aber überraschend viele Menschen waren bereit, das zu tun.
- Anke Lietzmann fragt nach, ob es Überlegungen für ein weitergehendes Wahlrecht für Jugendliche gibt: Torsten Görg erklärt, dass die Wahlberechtigung in Johannstadt und Pieschen/Mickten im Ergebnis der Diskussion der Geschäftsordnung ab 16 Jahren eingeräumt wurde, diese Regelung aber in den einzelnen Beiräten unterschiedlich handhabbar ist. Hier wäre es durchaus

- spannend, in einem anderen Beirat mal auszuprobieren, was passiert, wenn bereits 14-Jährige wahlberechtigt sind.
- Sören Bär fragt nach, ob nicht ein relativ hohes Risiko besteht, dass so ein Stadtteilbeirat durch eine bestimmte Gruppe unterwandert wird, etwa durch einen Säuferverein mit 50 Mitgliedern. Torsten Görg erklärt, dass sich in der Praxis gezeigt habe, dass sich solche Gruppen für Stadtteilbeiräte überhaupt nicht interessierten und eine Unterwanderung angesichts der Beiratszusammensetzung (siehe Beispiel Johannstadt) auch sehr schwierig zu bewerkstelligen sei. Carsten Irmer ergänzt, dass die Geschäftsordnung unterschiedliche Mandatsplätze etwa für Jugendliche, Senior*innen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung vorsieht. Zudem sind die Hälfte der Beiratsmitglieder berufene Vertreter*innen wichtiger Einrichtungen im Stadtteil (z.B. Schulen, Kultureinrichtungen, soziale Träger).
- Sören Bär erkundigt sich, wie dem Umstand der Multikulturalität in Johannstadt umgegangen wird. Torsten Görg erklärt, dass die Geschäftsordnung einen Mandatsplatz für Menschen mit Migrationshintergrund reserviert und dieser in Johannstadt von Anfang an mit verschiedenen Personen unterschiedlicher Herkunft von Russland bis Syrien besetzt ist. Bei den Wähler*innen gibt es bislang keine Statistik. Allerdings ist davon auszugehen, dass der Migrationsanteil der Johannstadt in der Wählerschaft zum Stadtteilbeirat bislang nicht adäquat abgebildet ist. Dies sei aber bei allen Bürgerbeteiligungsprojekten ähnlich. Dennoch sei er überrascht gewesen, wie viele Namen er bei der Prüfung der Wahlberechtigung nicht buchstabieren konnte. Da sei bereits deutlich mehr erreicht worden als bei den letzten Wahlen, aber immer noch Luft nach oben. Torsten Görg weist auch auf die bestehende gute Kooperation mit sozialen Trägern der Integrationsarbeit wie dem Ausländerrat hin, der selbst auch als sozialer Träger im Beirat vertreten ist und im Rahmen des Interkulturellen Frauentreffs quasi als politische Bildungsarbeit die Beiratswahlen thematisiert und die Briefwahl durchgeführt hat. Bei der letzten Wahl 2021 wurde auch die Website viersprachig gestaltet – bei der Evaluation habe sich aber gezeigt, dass der Aufwand für Übersetzung und regelmäßige Anpassung der Informationen für verhältnismäßig wenige Klickzahlen nicht verhältnismäßig war.

TOP 2 - Vorstellung Modellkommune "Stadtteilbeiräte und -fonds" (Teil 2)

Da Marko Beger nicht eingetroffen ist, übernimmt <u>Sandra Behnisch</u> die Vorstellung von **Ziel und Gegenständen des vom Freistaat Sachsen geförderten Modellprojektes** (Präsentation 1, Folien 10-25).



Vorstellung Modellkommune am 14.12.2023 im Bürgerlabor durch Sandra Behnisch Foto: Yvonne Bonfert

Ziel ist es, aufbauend auf den Erfahrungen aus Johannstadt und Pieschen/Mickten weitere Stadtteilbeiräte und -fonds in allen Dresdner Stadtbezirken zu ermöglichen und interessierte Stadtteilinitiativen dabei zu unterstützen, solche Strukturen in ihren Stadtgebieten aufzubauen und zu betreuen.

Im Laufe des 2,5 Kalenderjahre dauernden Modellprojektes sollen a) geeignete Förderinstrumente, Informationsangebote, Tools und Vorlagen entwickelt werden, um interessierten Stadtteilinitiativen einen niedrigschwelligen Einstieg in den Aufbau von Stadtteilbeiräten und -fonds zu ermöglichen, b) ausgewählte Stadtteilinitiativen beim Aufbau von Stadtteilbeiräten und -fonds in bis zu fünf weiteren Dresdner Identifikationsräumen durch Erfahrungsträger unterstützt und begleitet werden, c) die begonnene Netzwerkarbeit und der Erfahrungsaustausch untereinander fortgesetzt werden und d) praktikable Leitlinien und Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte und niedrigschwellige Förderung von Stadtteilbeiräten und -fonds gemeinsam entwickelt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Sandra Behnisch stellt die Arbeitspakete und Meilensteine laut Projektantrag vor sowie die geplante Steuerungsgruppe, in der Vertreter der Verwaltung und der geförderten Initiativen gemeinsam über Arbeitsstände und Schritte zur Erreichung der Meilensteine beraten sollen. Im Rahmen eines **Projektaufrufs** sollen Initiativen gewonnen werden, die den Aufbau, die Organisation und die Moderation eines Stadtteilbeirats sowie die Einrichtung und Verwaltung eines Stadtteilfonds in selbst vorgeschlagenen Projektgebieten übernehmen möchten. Dabei wird zwar auf den Erfahrungen aus Johannstadt und Pieschen/Mickten aufgebaut, jedoch soll auch die Möglichkeit bestehen, die Struktur an die jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Stadtteilen anzupassen. Die **Finanzierung** soll aus Mitteln des Lokalen Handlungsprogramms LHP – wo Stadtteilbeiräte und -fonds als Leuchtturmprojekt aufgenommen wurden – und aus Mitteln der Stadtbezirke erfolgen.

Im Anschluss an die Vorstellung bestand Gelegenheit für Fragen und Diskussion:

- André Reiniger fragt, ob sich auch Ortschaften bewerben könnten. Sandra Behnisch kann dazu heute keine Aussage treffen, betont aber die Absicht, allen interessierten Stadtteilinitiativen eine gleichberechtigte Möglichkeit zur Teilnahme einzuräumen. (Nachtrag i.R. des Protokolls: Das Projekt fokussiert auf die Stadtteile innerhalb der 10 Dresdner Stadtbezirke, da das Problem, dass die Identifikationsräume oftmals deutlich kleiner sind als die Stadtbezirke, in erster Linie hier besteht. Die Ortschaften bilden dagegen in der Regel die Identifikationsräume gut ab und verfügen auf dieser Ebene bereits über ein hohes Maß an Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten.)
- Sören Bär stellt fest, dass es bereits sehr viele Fonds gibt und viele der vorgestellten Projekte auch über den Stadtbezirk gefördert werden hätten können. Das spannendere sei die demokratische Struktur dahinter. Aus seiner Sicht gibt es kein Geldproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Herausforderung sei in erster Linie, Menschen zu finden, die sich engagieren.
 Sandra Behnisch erklärt, dass es bei diesem Projekt nicht nur um die Fonds geht, sondern die Demokratiearbeit im Vordergrund steht. Torsten Görg bestätigt, dass die meisten Projekte auch in den Stadtbezirken beschlossen werden könnten, aber viele Antragstellende vor Ort im Stadtteil leichter aktiviert werden können und die Hürde, sein Projekt vor einem Gremium mit Nachbarn aus dem eigenen Stadtteil vorzustellen, geringer ist als die der Vorstellung vor dem Stadtbezirksbeirat. Er verweist auch auf die Vielzahl und Kleinteiligkeit der Projekte (jährlich 20-30 zusätzliche Projektanträge pro Stadtteil), die für die für viele Stadtteilen zuständigen Stadtbezirksbeiräte und -ämter im Rahmen der aktuellen Kapazitäten nicht ohne weiteres handhabbar wäre. Deshalb agierten die Stadtteilvereine hier auch als eine Art Multiplikatoren für die Stadtbezirksebene, die diesen dabei helfen, die Fördermittel in kleinteiligen Projekten zu vermitteln.
- Manuela Scharf fragt nach, ob es sich beim "Begleitausschuss Demokratie" in der Steuerungsgruppe um den Begleitausschuss des Lokalen Handlungsprogramms LHP handelt, was Sandra Behnisch bestätigt.

- Peter Müller erkundigt sich danach, wie eine solche Steuerungsgruppe mit der beabsichtigten Niederschwelligkeit des Vorhabens einhergehen soll und warnt davor, dass die Initiativen dabei auf der Strecke bleiben. Sandra Behnisch erklärt, dass die Niederschwelligkeit vor allem der Bürgerschaft ermöglicht werden soll, die Steuerungsgruppe jedoch in erster Linie der Abstimmung von Stadt und Trägerinitiativen dienen soll, um ein partizipatives und von allen akzeptiertes Vorgehen zu erreichen. Dabei gehe es auch darum, das Projekt in der Stadtverwaltung insgesamt auf breitere Füße zu stellen, um gemeinsam auszuloten, was in Dresden langfristig gewollt wird in Bezug auf Stadtteilbeiräte und -fonds. Torsten Görg ergänzt, dass das langfristige Ziel, Stadtteilbeiräte in allen interessierten Stadtteilen zu ermöglichen, nur durch Mitnahme verschiedenster Perspektiven erreichbar sein wird. Er betont, dass es sich bei den Stadtteilbeiräten und -fonds um eine neue Beteiligungsebene handelt, die im öffentlichen Recht bislang nicht vorgesehen ist.
- Sören Bär erkundigt sich, ob die Struktur bereits so gesetzt ist, wie präsentiert, bzw. wie viel Flexibilität da noch besteht. Aus seiner Sicht sind Wahlen für die Beiratszusammensetzung in Gebieten mit hohen Migrationsanteilen wahrscheinlich nicht geeignet. Torsten Görg erklärt, dass das Grundrezept vorgegeben werde, aber die Zutatenmenge offen sei. Auch andere Verfahren zur Zusammensetzung des Beirats, z.B. eine Beiratszusammensetzung nach dem Losverfahren, seien grundsätzlich denkbar, wobei die Durchführung von Wahlen in diesem Projekt die Vorzugsvariante ist, da diese sich in Johannstadt und Pieschen/Mickten bewährt hat, mit einem vergleichsweise guten Kosten-Nutzen-Aufwand realisierbar ist und zugleich viele Synergieeffekte für die Bekanntmachung von Beirat und Fonds im Stadtteil mit sich bringt. Wichtig sei vor allem, dass am Ende ein Gremium herauskommt, das in gewisser Weise demokratisch legitimiert ist und in dem die Einrichtungen im Stadtteil und Vertreter*innen unterschiedlicher Bewohnergruppen auf Augenhöhe zusammenwirken können.
- Sören Bär erkundigt sich, ob auch alternative Formate wie z.B. eine öffentliche Abstimmung zu einem Projekt auf einem Platz mit 100 nichtgewählten Bürger*innen möglich wären. Torsten Görg antwortet, dass das dann eine andere Form der Bürgerbeteiligung wäre als die eines für eine bestimmte Mandatszeit bestimmten Gremiums, die im Mittelpunkt dieses Modellprojektes steht. Ob es unter Umständen solche ergänzenden Formate geben kann, könne etwa in der Steuerungsgruppe diskutiert werden.
- Manuela Scharf fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, zunächst die Beteiligungsstruktur aufzubauen und erst später den Fonds dazuzuholen. Dafür werde eine Vorlaufzeit von einem halben oder einem ganzen Jahr benötigt. Torsten Görg erklärt, dass beides Gegenstand des Projektes sei und zuerst der Aufbau der Beiräte (halbe Personalstelle, Sachkosten für Wahlen) und dann die Einrichtung der Fonds unterstützt werde, deren Verfügbarkeit aus der Erfahrung in Johannstadt auch ein wichtiges Motivationsinstrument darstellen, um Beiräte zur Kandidatur zu bewegen und der Arbeit der Beiräte Relevanz zu verleihen.
- Manuela Scharf erklärt, dass eine Personalstelle im Plauener Verein eigentlich nicht gewollt sei, sondern man gern bei der selbstorganisierten Struktur bleiben würde. Deshalb stelle sie sich die Frage, ob es über dieses Projekt auch möglich ist, alternativ zu einer Personalstelle Moderation und Prozessbegleitung zu erhalten, um das Empowerment, die Vernetzung und Selbstvertretung im Stadtteil voranzutreiben und überhaupt erstmal zu schauen, wie viele im Stadtteil das tragen würden. Peter Müller schließt sich an und fragt, ob die Förderstruktur auch zuließe, dass im ersten Jahr erstmal kein Fonds aufgebaut, sondern nur die Struktur geschaffen und unterstützt wird. Torsten Görg erklärt, dass das Projekt aus seiner Sicht ermöglichen sollte, Initiativen aufbauend auf ihrem individuellen Bedarf zu beraten und zu unterstützen. Im praktischen Prozess werde sich dann zeigen, für wen in welchem Stadium ein Fonds ein gutes Instrument ist und wer dafür

- noch längeren Vorlauf braucht. So gebe es Initiativen wie Gruna, die bereits eine funktionierende Vereinsstruktur haben und einen Beirat sogar schon in ihre Satzung aufgenommen haben und andere wie etwa eine interessierte Einzelperson aus der Pirnaischen Vorstadt, die zunächst Unterstützung brauchen, um überhaupt erstmal eine Trägerstruktur aufzubauen. Die Voraussetzungen dürfen gern unterschiedlich sein.
- <u>Ulla Wacker</u> erkundigt sich nach der **Größe der beiden bestehenden Trägervereine** in Pieschen und Johannstadt. Sie habe den Eindruck, dass es sich bei beiden Vereinen schon um gewachsene Strukturen handelte, die optimale Voraussetzungen mitbrächten. <u>Torsten Görg</u> erklärt, dass der Stadtteilverein Johannstadt erst 2017 gegründet wurde, kurz bevor auch der Stadtteilbeirat und fonds gestartet ist. Aktuell hat der Stadtteilverein Johannstadt 50 Mitglieder. Aktuell beschäftigt der Verein zwei Teilzeitmitarbeiter. <u>Heidi Geiler</u> erklärt, dass Pro Pieschen bereits seit 1993 existiert, aber mitunter nur wenige Mitglieder hatte. Sie sei dann durch drei Vereinsmitglieder zu diesem Projekt überredet worden und zunächst sehr zurückhaltend gewesen, weil sie die viele Arbeit gesehen hat. Nun müsse sie aber feststellen, dass das **Projekt viel für den Verein bewirkt** habe: Der Verein hat so ein **Projekt, das eine Strahlkraft hat, Leute anzieht und was auch wirklich Spaß macht**. Man habe wirklich die Möglichkeit, etwas zu bewirken im Stadtteil mit den Leuten zusammen, und das sei toll.
- Gunter Thurm fragt, ob das Projekt bereits gestartet ist, der Projektaufruf bereits veröffentlicht ist und die Meilensteine tatsächlich so wie präsentiert angestrebt werden. Sandra Behnisch erläutert, dass das Projekt bewilligt sei, der Zeitplan aus der Antragstellung aber aufgrund des aufgetretenen Zeitverzugs voraussichtlich etwas angepasst werden müsse. Der Projektaufruf liegt bislang nur als Entwurf vor und sei aktuell in der Abstimmung. Deshalb sei die heutige Diskussion auch wichtig, um auf geäußerte Bedarfe noch eingehen zu können, z.B. dass es gar nicht so sehr darauf ankommt, schnell die Fonds an den Start zu bekommen, sondern vor allem auf den Strukturaufbau. Das Ziel sei ein Aufruf, der die Interessen und Bedarfe der Initiativen widerspiegelt.
- Carsten Irmer erkundigt sich, wofür die Landesmittel aus dem Modellprojekt eingesetzt werden und was passiert, wenn die Stadtbezirke die Finanzierung verweigern. Sandra Behnisch erklärt, dass die Landesmittel ausschließlich für die Beratung und das Empowerment der Initiativen, die Öffentlichkeitsarbeit, die Leitlinienentwicklung und die Vernetzung bereitgestellt werden. Torsten Görg ergänzt, dass die Fondsmittel weiterhin durch die Stadtbezirke bereitgestellt werden sollen. Wenn die Stadtbezirksbeiräte entscheiden, keinen Stadtteilfonds fördern zu wollen, dann werde es mit öffentlichen Fondsmitteln schwierig.
- Sören Bär fragt nach, ob das Vorhaben den Stadtbezirken vorgestellt wurde und sichergestellt ist, dass zumindest ein großer Teil der Stadtbezirke das Projekt unterstützen. Torsten Görg erklärt, dass das Thema den Amtsleitungen nicht neu sei. Carsten Irmer weist darauf hin, dass letztlich nicht die Stadtbezirksamtsleitung, sondern der Stadtbezirksbeirat die Entscheidung treffe. Yvonne Bonfert unterstreicht, dass es bei den Stadtbezirksmitteln nur um die Fondsmittel gehe und es im Falle einer ablehnenden Entscheidung des Beirats schlimmstenfalls passieren kann, dass der Beirat zunächst nicht über einen Stadtteilfonds mit 20.000 EUR öffentlichen Mitteln verfügen kann, sondern nur über 5.000 EUR, die bei privaten Spendern und Sponsoren eingeworben wurden. Das Ziel des Projektes sei aber, dass die Struktur langfristig auf stabile Beine gestellt wird. Torsten Görg ergänzt, dass selbst im Falle eines positiven Beschlusses der Stadtbezirksbeiräte die Förderung über die Stadtbezirke keine Dauerlösung ist, sondern langfristig eine eigene Fachförderrichtlinie benötigt wird, die der Stadtrat beschließen müsste. Je mehr Initiativen jetzt mit an Bord kommen, desto einfacher sei dieses Ziel zu erreichen.

- <u>Ulla Wacker</u> erkundigt sich, wer die zuständigen Ansprechpartner für den Projektaufruf sind.
 <u>Sandra Behnisch</u> erklärt, dass die Abteilung Bürgeranliegen im Amt für Stadtstrategie, Internationales und Bürgeranliegen die zuständige Stelle in der Verwaltung ist und während der Projektlaufzeit dann die Erfahrungsträger bei Konawa in die Lage versetzt würden, die erforderliche Beratungsarbeit zu leisten.
- <u>Peter Müller</u> weist darauf hin, dass im kommenden Jahr **Kommunalwahlen** stattfinden und das bedeute, dass die Stadtbezirksbeiräte eine gewisse Zeit nicht arbeiten können. <u>Ulla Wacker</u> erklärt, dass die Stadtbezirksbeiräte bis Juli 2024 arbeiten, dann ohnehin eine Sommerpause haben und der neugewählte Beirat im September 2024 startet, sodass es nicht wirklich eine Pause gibt.
- <u>Carsten Irmer</u> fragt nach **einschlägigen Erfahrungen aus anderen Städten**, auf die bei der Überzeugungsarbeit verwiesen werden kann. Sandra Behnisch erklärt, dass aktuell viele **Interviews mit Städten** geführt werden, die auch Stadtteilbeiräte haben, wie z.B. Hamburg, um auch deren Erfahrungen berücksichtigen zu können.
- Sören Bär fragt nach Umfang und Einstufung der Personalstelle und der Sachkosten. Torsten Görg informiert, dass bei den beiden laufenden Projekten aktuell je eine halbe Personalstelle nach TVÖD 9a plus Sachkosten gefördert wird. Auf die Nachfrage, warum die Einstufung so niedrig ist, erklärt er, dass der Versuch einer Höherstufung mit Hinweis auf das Besserstellungsverbot durch die Stadt abgelehnt wurde. Sören Bär betont, dass aus seiner Sicht für ein solches Projekt kompetente Menschen mit hohem Sozialraumwissen und sehr guter Kommunikationsfähigkeit benötigt würden, die man mit einer 9a nicht finde. Da blieben nur einige Idealisten. Er sei sich sicher, dass das auch anders gehe, wenn man es wolle.
- Manuela Scharf fragt, ob die Erfahrungsträger in eine Vereinssitzung eingeladen werden können, wenn das Vorhaben in einer Vereinssitzung auf eine positive Resonanz stößt, um nochmal individuell zu besprechen, wo der Verein gerade steht und gemeinsam durchzugehen, was geht und was nicht. Sandra Behnisch erklärt, dass diese Beratung durch die Erfahrungsträger ein Gegenstand des Modellprojektes sei und nach Beauftragung direkte Termine mit Konawa (Matthias Kunert, Torsten Görg) vereinbart werden können.
- <u>Carsten Irmer</u> erkundigt sich, wie die <u>Auswahl der Vereine</u> geplant ist. <u>Sandra Behnisch</u> erklärt, dass die Auswahl nach Ablauf der Bewertungsfrist anhand gewisser Kriterien erfolgt, die bislang noch nicht abschließend geklärt sind. <u>Sören Bär</u> fragt nach, wie viele <u>Interessenten</u> es bislang gibt. <u>Torsten Görg</u> verweist auf das Unterstützernetzwerk aus bislang 15 Initiativen (s. Folie 8).
- <u>Peter Müller</u> erkundigt sich nach dem **Umfang der Bewerbungsunterlagen**. <u>Sandra Behnisch</u> erklärt, dass diese **nicht umfangreich** sein werden und verweist auf Folie 24 und die dort aufgeführten Informationen. Manuela Scharf regt an, das **Bewerbungsverfahren möglichst einfach zu halten** und den Initiativen zu ermöglichen, auf vorhandenen Unterlagen aufbauen zu können.
- Sören Bär fragt nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Projektaufrufs und der gesetzten Bewerbungsfrist. Sandra Behnisch erklärt, dass der Termin noch nicht feststehe, aber die Veröffentlichung sobald als möglich erfolgen solle. Sonja Weber bittet um eine Bewerbungsfrist von mehr als 4 Wochen, da eine Bewerbung in den Vereinsgremien abgestimmt werden muss. Ulla Wacker regt ein zweistufiges Antragsverfahren aus Interessenbekundung und anschließender Beratung mit unterstütztem Antragsverfahren. Manuela Scharf äußert ihre Zustimmung zu dem Vorschlag und sieht darin den Vorteil, schnell die Initiativen besser kennenzulernen und gleichzeitig mehr Zeit für die Antragstellung zu gewinnen.

<u>Yvonne Bonfert</u> holt ein **Meinungsbild** ein und bittet jene Vereine aufzustehen, die nach dem heutigen Treffen grundsätzlich Interesse haben, sich auf den Projektaufruf zu bewerben. Ulla Wacker

(Neustadt), Gero Hoffmann (Friedrichstadt), André Reininger (Klotzsche), Manuela Scharf und Sonja Weber (Plauen), Gunter Thurm (Prohlis) und Carsten Irmer (Gruna) signalisieren Interesse.



An einer Bewerbung interessierte Initiativen beim Netzwerktreffen am 14.12.2023 im Bürgerlabor. Foto: Yvonne Bonfert

Yvonne Bonfert fragt, ob es Anmerkungen gibt, die noch berücksichtigt werden sollten.

• <u>Gunter Thurm</u> erklärt, dass es schwierig sei, hier eine Aussage zu treffen, wenn man die Ausschreibungskriterien nicht kennt. Seine Anregung wäre, die **Frist eher länger (3 Monate)** zu setzen, weil Vereinsgremien erst zusammengerufen werden müssen.

TOP 5 - Blitzlichtrunde und Abschluss

In einer kurzen Feedbackrunde werden folgende Feedbacks zur Veranstaltung zusammengetragen:

- Manuela Scharf findet das Thema aus fachlicher Sicht der Beauftragten für Senior*innen und Menschen mit Behinderung sehr spannend und bietet ihre Unterstützung an.
- Gunter Thurm erklärt, die unkonkrete Vorstellung heute habe ihm nicht gerade Lust auf mehr gemacht. Ihm sei nach wie vor nicht klar, was genau der Gegenstand des Projektaufrufs ist, weil die konkreten Informationen fehlten.
- <u>Carsten Irmer</u> regt für die Zukunft eine Zweiteilung der Veranstaltung an in einen allgemeinen Informationsteil für Neulinge und eine aufbauende Information für bereits Involvierte. Für ihn war die letzte halbe Stunde der Diskussion wertvoll, aber der Inhalt davor bereits bekannt.
- <u>Torsten Görg</u> bestätigt, dass der heterogene Informationsstand der Teilnehmenden eine Herausforderung war. Während die einen sich langweilten, fehlten für andere die Grundlagen. Er begrüßt deshalb den Vorschlag einer Zweiteilung. Erschwerend kam hinzu, dass die Agenda anders geplant war und Marko Beger eigentlich zu Beginn das Modellprojekt vorstellen sollte.
- <u>Jan Minack</u> fragt, wie sich die Initiativen einbringen können, die heute nicht da sind. <u>Yvonne Bonfert erklärt, dass alle das Protokoll erhalten und sich auch im Nachgang noch einbringen können.</u>

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verweist <u>Yvonne Bonfert</u> abschließend noch darauf, dass **im November 2024 ein weiteres Vernetzungstreffen zum Thema Stadtteilbeiräte und -fonds** geplant sei. Jene Initiativen, die sich konkret auf den Weg machten, erhalten natürlich schon vorher die Gelegenheit, sich auszutauschen und sich im Prozess auch gegenseitig zu unterstützen.

<u>Sandra Behnisch</u> bedankt sich für den Austausch und nutzt die Gelegenheit, um nochmal alle Teilnehmenden zu motivieren, das Projekt mitzugestalten und ihre Bedarfe zu teilen, um den unterschiedlichen Interessen bestmöglich gerecht werden zu können.

Die Veranstaltung endet um 21 Uhr.

Dokumentation: Matthias Kunert auf Basis der Aufzeichnungen des Workshops